

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

99. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 24. März 2004

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/ CSU: **Unterschiedliche Auffassungen im Bundeskabinett zum Emissionshandel und zur Ökosteuer**

8860 A

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Binnen weniger Wochen debattieren wir nun zum dritten Mal über das Thema Emissionshandel. Noch länger hält der Streit zwischen Wirtschaftsminister Clement und Umweltminister Trittin an. Inzwischen droht sogar beiden ein Machtwort von Kanzler Schröder. – Ich habe schon Wetten abgeschlossen, zu wessen Gunsten es ausgehen wird.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn? Das interessiert uns jetzt aber!)

Deshalb möchte ich heute daran erinnern, worum es letztlich geht, nämlich um die schlichte Frage, ob wir der drohenden Klimakatastrophe noch entkommen oder ob wir die Umwelt weiter überbelasten; das ist der Kern der Kontroverse, alles andere sind Nebenschauplätze.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun wissen wir – auch aus anderen Auseinandersetzungen –, dass Wirtschaftsminister Clement zuweilen sehr einseitig handelt. Ich erinnere nur an die Ausbildungsplatzabgabe: Er rennt gegen Sie an, wie weiland Don Quichotte gegen Windmühlen. Dasselbe erleben wir nun beim Klimaschutz.

Wir erleben auch die negativen Seiten des Umwelthandels: einen Riesenschacher um gewinnträchtige Verschmutzungsrechte. Wir erleben auch Neuauflagen im Konkurrenzkampf „Ost gegen West“, bei dem die neuen Bundesländer übrigens zu Recht darauf verweisen, dass sie bisher die Hauptleistung im deutschen Klimaschutz erbracht haben.

Obendrein reden wir über die Selbstverpflichtung der Industrie, ihren CO₂-Ausstoß drastisch zu senken. Die Normalbürgerinnen und -bürger werden über die Ökosteuer und andere Abgaben längst abkassiert, während die großen, industriellen Abgaserzeuger noch immer privilegiert werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich daran erinnern, dass der Bundeskanzler das Jahr 2004 zum „Jahr der Innovation“ erklärt hat. Sollte dies ernst gemeint sein, dann müsste das auch für den Klimaschutz gelten. Der Bundeskanzler müsste sein Machtwort darauf ausrichten, dass es zu einer konzertierten Aktion zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik kommt, um den CO₂-Ausstoß drastisch zu senken und so die drohende Klimakatastrophe tatsächlich zu verhindern. Ein solches Machtwort würde uns allen, vor allem aber der Umwelt gut tun.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])